

Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 27.02.2008
im Haus Hall, Tungerloh-Capellen 4, 48712 Gescher

Anwesend:

Mitglieder:

Herr Hubert Bestert	46354 Südlohn	
Frau Barbara Büscher	48703 Stadtlohn	
Frau Heidi Buskase	48599 Gronau	
Herr Manfred Daberkow	48599 Gronau	
Herr Markus Jasper	48619 Heek	
Herr Gerhard Ludwig	46325 Borken	
Herr Johannes Maus	46342 Velen	
Frau Gerda-Marie Möller	48734 Reken	Vertretung für Herrn Josef Leinen
Frau Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Herr Josef Schleif	46354 Südlohn	Vertretung für Frau Gertrud Welper
Frau Ursula Schulte	48691 Vreden	
Frau Silke Sommers	46399 Bocholt	
Herr Wilhelm Stilkenbäumer	48734 Reken	
Frau Gerti Tanjek	46397 Bocholt	
Frau Ursula Zurhausen	46325 Borken	

Es fehlen entschuldigt:

Frau Dr. Marie-Elisabeth Averkamp 48734 Reken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp
Herr Dr. Gerhard Ettliger
Herr Reinhard Groschke
Frau Annette Scherwinski
Herr Hans Ritter
Frau Jutta Bringmann
Frau Doris Gausling
Frau Annette Winkler-Serbetci

Gäste:

Frau Manuela Brandt (AIDS-Hilfe Westmünsterland e. V.)
Herr Kai E. Kern (AIDS-Hilfe Westmünsterland e. V.)
Herr Gerrit Lenhard (AIDS-Hilfe Westmünsterland e. V.)

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Punkt 1: Begrüßung und Vorstellung der Einrichtung "Haus Hall" durch den Direktor Herrn Dr. Thomas Bröcheler

Herr Dr. Thomas Bröcheler begrüßt die Anwesenden. Er bedankt sich für das Interesse der Ausschussmitglieder an der Einrichtung, das durch die Ausschusssitzung bekundet wird. Er stellt die Einrichtung „Bischöfliche Stiftung Haus Hall“ mit ihren verschiedenen Teilbereichen, Aufgabenschwerpunkten und Außenstellen vor. Die hierzu verwendete PowerPointpräsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt. Im Anschluss an die Vorstellung beantwortet er die Fragen der Ausschussmitglieder. Sodann wünscht er dem Ausschuss eine erfolgreiche Beratung.

Vorsitzender Stilkenbäumer bedankt sich für die Möglichkeit in der Einrichtung tagen zu dürfen und auch für die sehr interessante und informative Vorstellung der Einrichtung Haus Hall.

**Punkt 2: Bericht der AIDS-Hilfe Westmünsterland über die Entwicklung der AIDS-Beratung im Kreis Borken
siehe hierzu :
Antrag Nr. 04-02 der SPD-Fraktion zur Sitzung des Ausschusses am 17.12.2007
Antrag Nr. 04-04 der CDU-Fraktion zur Sitzung des Ausschusses am 17.12.2007**

Herr Gerrit Lenhard stellt die Aufgaben, Tätigkeiten und Ziele der AIDS-Hilfe Westmünsterland in einem PowerPointvortrag vor. Er erklärt, dass ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit bei der Prävention gesehen wird und hier insbesondere die Gruppe der Jugendlichen einer besonderen Aufmerksamkeit bedürfe. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Frau Brandt und Herrn Kern von der AIDS-Hilfe als auch von Frau Bringmann – AIDS-Koordinatorin des Kreises Borken - beantwortet. Die PowerPointpräsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Vorsitzender Stilkenbäumer dankt für die interessanten Informationen und wünscht für die weitere Arbeit viel Erfolg.

Punkt 3: Vorstellung des "MRSA-net" Projektes durch Frau Winkler-Serbetci, Fachbereich 53 - Gesundheit -

Frau Winkler-Serbetci stellt das deutsch-niederländische Netzwerk zur Bekämpfung von MRSA vor. Der PowerPointvortrag ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt. Im Anschluss an den Vortrag beantwortet sie die Fragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzender Stilkenbäumer dankt Frau Winkler-Serbeci für den sehr interessanten ausführlichen Vortrag.

**Punkt 4: Projekt "Leben im Alter neu denken - Kreis Borken bewegt"
- Weiteres Verfahren -
Vorlage: 0020/2008**

Frau Gausling gibt ergänzend zur Vorlage einige Erläuterungen. Sie beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Ausschussmitglied Daberkow regt an, die Formulierung unter Punkt 5. des Beschlussvorschlages insofern abzuändern, dass die Formulierung „wird befürwortet“ durch die Formulierung „wird empfohlen“ ersetzt wird. Hierdurch soll deutlich gemacht werden, dass der Ausschuss diese Vorgehensweise ausdrücklich mitträgt. Im Ausschuss besteht Einvernehmen, den Beschlussvorschlag entsprechend abzuändern.

Ausschussmitglied Ludwig erklärt für die SPD-Fraktion, dass die in der Sitzungsvorlage dargestellte Vorgehensweise von der SPD-Fraktion mitgetragen werde.

Ausschussmitglied Pohl schlägt vor, die Formulierung im Beschlussvorschlag unter Nr. 2. so abzuändern, dass alle Anbieter die Möglichkeit erhalten sollen, sich um eine weitere Förderung zu bewerben. Auch bezüglich dieses Änderungsvorschlages wird Einvernehmen festgestellt.

Ausschussmitglied Pohl bittet die Verwaltung, die Berichterstattung über die Umsetzung der Projekte bereits für Mitte 2010 einzuplanen, damit die Ergebnisse in die Haushaltsberatungen einfließen können.

Auf die Frage von Ausschussmitglied Ludwig, ob bei der vorgesehenen Vergabep Praxis ohne Ausschreibung juristische Probleme entstehen könnten, erklärt Herr Haßenkamp, dass man sich hier im Rahmen des Projektes bewege und die vorgesehene Vergabe juristisch keine Probleme bereiten werde.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschließt:

1. Ab dem 01.07.2008 werden Angebote zu folgenden vier Zielgruppen älterer Menschen wirkungsorientiert gesteuert und gefördert:
 - Ältere Menschen in nicht altersgerechter Wohnsituation
 - Ältere Menschen ab 70 Jahre im Krankenhaus
 - Ältere Menschen mit Demenz
 - Allein lebende Ältere mit Unterstützungsbedarf

2. Alle Anbieter der bisher geförderten Angebote zu den vier ausgewählten Zielgruppen erhalten die Möglichkeit, sich um eine weitere Förderung durch den Kreis für den Zeitraum vom 01.07.2008 bis zum 31.12.2010 zu bewerben. Es werden keine neuen Ideenwettbewerbe durchgeführt.
3. Die Bewertung der einzureichenden Angebote erfolgt nach fünf Kriterien, die den Beitrag zu den drei Oberzielen (Selbständiges Leben im Alter, Stärkung ambulanter Versorgungsstrukturen und Reduzierung des Anstiegs der Heimkosten für den Kreis Borken), die Vernetzung und Transparenz von Angeboten sowie die Kosten-Nutzen-Relation umfassen.
4. Das Angebotscontrolling soll für alle künftig geförderten Angebote fortgesetzt werden und ist für alle Anbieter verpflichtend.
5. Zur künftigen Unterstützung des Kreises bei der wirkungsorientierten Steuerung und Finanzierung von freiwilligen Leistungen der Altenhilfe, die auf selbständiges Leben älterer Menschen im Kreis Borken hinwirken, wird ein Beratungsgremium eingerichtet. Die Anbindung des Beratungsgremiums an die Kreispflegekonferenz mit den im Entwurf der Geschäftsordnung beschriebenen Aufgaben und Mitgliedern wird empfohlen.

Punkt 5: Hartz-Mobil für den Optionskreis Borken
siehe hierzu: Antrag Nr. 01-01 der SPD-Fraktion zur Sitzung des Ausschusses vom 17.12.2007
Vorlage: 0021/2008

Herr Groschke fasst den Sachverhalt aus der Sitzungsvorlage kurz zusammen. Er stellt fest, dass die Verwaltung keine Notwendigkeit sehe, ein vergleichbares Projekt im Kreis Borken einzurichten.

Nach heftiger kontroverser Diskussion lässt Vorsitzender Stilkenbäumer über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beschließt, es besteht keine Notwendigkeit, das Projekt „Hartz-Mobil“ im Kreis Borken einzurichten.

Punkt 6: Mitteilungen der Verwaltung

**Punkt 6.1: Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.2007
- 2 BvR 2433/04 -
- Verfassungswidrigkeit der ARGEN -**

Herr Haßenkamp informiert über das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.2007, wonach die Organisationsform der Arbeitsgemeinschaften nach 44 b SGB II als verfassungsrechtlich unzulässig erklärt wurde. Das Gericht habe in seinem Urteil auch den prinzipiellen Vorrang einer dezentralen, also kommunalen, vor einer zentralen und damit staatlichen Aufgabenwahrnehmung zum Ausdruck gebracht. Das Urteil selbst stärke eindeutig das Organisationsmodell der Option. Allerdings bestehe zz. die Gefahr, dass dieses verfassungsrechtliche Votum zu Gunsten der Option sich in das Gegenteil verkehren könne, weil das Bundesarbeitsministerium gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit den Versuch unternahme, unter großem Zeitdruck - möglichst bereits bis Ostern diesen Jahres - ein Ersatzmodell für die Arbeitsgemeinschaften zu etablieren. Dieses als "Kooperatives Jobcenter" konzipierte Modell sieht eine weitere Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagentur und Kommune allerdings auf freiwilliger Basis vor. Hierbei erledige jeder Träger seine Aufgaben selbständig mit eigenem Personal unter einem gemeinsamen Dach. Dieses Modell lasse jegliche Vorgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes außer Acht. Herr Haßenkamp weist ferner darauf hin, dass für dieses Modell im SGB II keine Rechtsgrundlage vorhanden ist.

Diese Vorgehensweise des Bundesarbeitsministeriums könne allerdings auch dazu führen, dass das Organisationsmodell der Option zum 31.12.2010 automatisch enden werde. Es komme jetzt zunächst entscheidend darauf an, so Herr Haßenkamp, massiven Widerstand gegen diesen unnötigen Zeitdruck aufzubauen, zumal das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber ausdrücklich einen Zeitrahmen bis zum Ende des Jahres 2010 eingeräumt habe, um eine tragfähige gesetzliche Neuregelung zu verabschieden.

Herr Haßenkamp bittet die Ausschussmitglieder auch in ihren örtlichen politischen Gremien immer wieder für den Optionsgedanken zu werben und auch die Abgeordneten im Landtag und Bundestag einzubinden.

Zwischeninformation zur Problematik der sonstigen weiteren Leistungen nach § 16 Abs. 2 Satz 1 SGB II

Herr Groschke erinnert an die Diskussion zu den sogenannten „sonstigen weiteren Leistungen“ nach § 16 Abs. 2 Satz 1 SGB II in der letzten Sitzung des Ausschusses am 17.12.2007. Die Verwaltung hatte darüber informiert, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales allen Optionskommunen die Durchführung der „sonstigen weiteren Leistungen“ im Wesentlichen als rechtlich unzulässig untersagt habe und auch im Rahmen von Prüfungen bei Optionskommunen bereits hohe Rückforderungssummen für die Jahre ab 2005 geltend gemacht habe.

Nunmehr habe sich in dieser Angelegenheit insofern ein neuer Sachstand ergeben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales habe in einem Schreiben vom 08.02.2008 mitgeteilt, es bleibe zwar bei seiner Rechtsauffassung, werde aber für die zurückliegende Zeit für bestimmte Eingliederungsmaßnahmen, die sich als arbeitsmarktpolitisch sinnvoll und erforderlich erwiesen hätten, keine Rückforderungen mehr geltend machen. Ab 2008 gelte dies allerdings nicht mehr. In der weiteren Diskussion wird deutlich, dass das Verhalten des Bundesministeriums als nicht ganz logisch bewertet wird.

Herr Groschke weist abschließend darauf hin, dass es zumindest positiv zu bewerten sei, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den Optionskommunen in dieser Frage ein erstes Entgegenkommen zeige.

Anfrage zum Krebsregister

Herr Dr. Ettliger erklärt, eine Beantwortung der an das Krebsregister in Münster weitergeleiteten Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei noch nicht erfolgt.

Punkt 7: Anfragen

Keine

Vorsitzender Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Wilhelm Stilkenbäumer

Hans Ritter